

Haushaltsberatung ist Elendsverwaltung

Osnabrück. Haushaltsberatungen in Osnabrück sind eine Elendsverwaltung. Mit einem derartigen Schuldenstand ist es unmöglich wirklich zu gestalten, es geht vielmehr darum zu bewerten, wo der Bedarf gerade am höchsten ist: beim ÖPNV? Oder der Sicherheit für Fahrradfahrer*innen? Oder doch auf dem völlig überforderten Wohnungsmarkt? Vielleicht doch lieber die stark sanierungsbedürftigen Schulen? Oder die Personalsituation in der Verwaltung verbessern? Eine derartige Liste ließe sich noch mit vielen weiteren Punkten ergänzen, die vor allem auch den Bürger*innen vor Ort ganz bewusst sind. Es bleibt also nur das Verwalten der Probleme und die bestmögliche Abmilderung. Die nächsten Jahre wird der Fokus auf der Schulsanierung liegen – das ist auch gut und richtig! Dafür werden andere wichtige Dinge nicht mit den benötigten Mitteln finanziell unterstützt werden können. Es zeigt sich also, wie jedes Jahr, das Dilemma der neoliberalen Wirtschaftspolitik und des Fetisches der schwarzen Null. In Zeiten in denen das Geld im Bundeshaushalt nur so sprudelt, die Staatseinnahmen jährlich zulegen und der Bund keine Zinsen für frisches Geld bezahlen muss, ist es einfach unverantwortlich zu sparen.

Allein durch das Hoffen auf höhere Steuereinnahmen und höhere Zuwendungen von Bund und Ländern, durch eventuell steigende Einwohner*innenzahlen, die auch wiederum Leistungsanforderungen an die Stadt bedeuten, werden wir aus dem Dilemma der Elendsverwaltung nicht herauskommen.

Die Auswirkungen sehen wir täglich vor Ort:

- Vernichtung von kommunalem Vermögen - Schulen, Straßen, Wohnraum
- Mangelhafte Daseinsvorsorge - Mobilitätskosten steigen
- Steigende Armut in der Bevölkerung - unwirksame Arbeitsmarktmaßnahmen

Über Jahrzehnte wurden die Kommunen unterfinanziert. Das kann durch sporadisch höhere Steuereinnahmen nicht aufgefangen und ausgeglichen werden. Es ist an der Zeit, bei Bund und Land unseren verfassungsmäßigen Anspruch auf angemessene Finanzausstattung einzuklagen.

Bis es zu einem tatsächlichen Wechsel der Politik auf Landes- und Bundesebene kommt, bleibt uns bei den Haushaltsberatungen den Fokus auf wichtige Dinge zu legen, die oft vergessen werden. So hat unsere Fraktion einen Antrag zur Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel zu 100 % für Menschen im ALG II Bezug gestellt. „Wir möchten erreichen, dass die Kommune die Kostenübernahme von 50% auf 100% erhöht.“, erklärt Brandes-Steggewentz den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Weiterhin setzt sich die Fraktion DIE LINKE. für bessere Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung ein. „Wir fordern einen grundsätzlichen Verzicht auf befristete Arbeitsverträge. Vor allem mit der angespannten Personalsituation in eigentlich allen Fachbereichen der Verwaltung ist es unverständlich, warum immer noch Befristungen von Arbeitsverträgen eingesetzt werden.“, kommentiert Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz den entsprechenden Antrag der

Fraktion DIE LINKE.. Weiter: „Die reichlichen Überlastanzeigen und Langzeiterkrankungen des Verwaltungspersonals zeigen doch, dass beim Personal aufgestockt werden muss – und zwar nachhaltig und unbefristet. Wir müssen das Personal auch halten und das funktioniert in aller ersten Linie mit guten Arbeitsbedingungen, unbefristeten Arbeitsverträgen und Respekt.“

In einem weiteren Antrag zum Haushalt setzt sich die Fraktion DIE LINKE. für kostenlose Busfahrten auch für Schüler*innen der Sekundarstufe II ein. „Das nach der 10. Klasse Schluss ist mit der Übernahme von Fahrtkosten für Schüler*innen, ist nicht weiter zu akzeptieren. Wir reden doch immer davon die Attraktivität des ÖPNV zu stärken. Hier haben wir dafür einen ersten Ansatzpunkt.“, begründet BrandesSteggewentz den Antrag. Weiter: „Auch Chancengleichheit spielt hier eine große Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass jede*r Schüler*in die gleichen Chancen auf Bildung hat – und das beginnt auch bei der kostenlosen Busfahrt zur Schule!“

Weiterhin setzt sich die Fraktion DIE LINKE. dafür ein, dass die Frauenberatungsstelle Osnabrück eine Erhöhung der Mittel bekommt, um so eine Stelle für die Beratung von geflüchteten Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund einrichten zu können. „Der Bedarf ist da und hier ist auch der Landkreis Osnabrück in der Pflicht sich an den Kosten zu beteiligen, um auf eine Ganztagsstelle aufstocken zu können.“, fordert BrandesSteggewentz.

Umbenennung Villa Schlikker in Hans-Calmeyer-Haus

Osnabrück. „Die Umbenennung der ehemaligen NSDAP-Zentrale halten wir für richtig und wichtig. Mit unserem Änderungsantrag zur Entwicklung des Museumsquartiers und zur Neukonzeption der Villa Schlikker als Hans-Calmeyer-Haus, wollen wir betonen, dass es neben der Darstellung der positiven Rolle von Hans-Calmeyer, ebenso wichtig ist in der zukünftigen Ausstellung die Geschichte des Hauses zur präsentieren.“, begründet Heidi Reichinnek den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.. Weiter: „Es ist überaus wichtig auch das Wirken der Nationalsozialisten in Osnabrück darzustellen und dabei die wechselvolle Geschichte der Villa Schlikker zu beleuchten.“